

Die Redaktion befindet sich in Berlin, Wilhelmstr. 10. ...

Verleger: Kurt Nordens ...

# Freiheit

## Berliner Organ

### Der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

# Sonntag keine Räterwahl!

## Eine Blamage.

Wolffs Bureau meldet: Es ist technisch unmöglich, die Wahlen zu den Arbeiterräten, die am kommenden Sonntag, den 30. März, vorzunehmen werden sollen, für die Landkreise Teltow-Beelitz, Charlottenburg und Niederbarnim in so kurzer Zeit vorzubereiten und durchzuführen. Infolgedessen ist die Wahl auch für die Stadt Berlin aen-

gänglich geworden. Wir haben sofort auf die technischen Schwierigkeiten der vom Zentralrat ausgearbeiteten Wahl hinwirken. Der Zentralrat ist selbst schuld an dem Wirrwarr, der jetzt eingetreten ist.

## Gefahren von rechts.

### Forderungen der Offiziere.

Neben den Kundgebungen am Sonntag im Circus Busch und im Sportplatz fand auch im Blüthner-Saal eine Kundgebung des Nationalverbandes deutscher Offiziere statt. In einer dort angenommenen Entschliessung heisst es:

Wir verlangen von den Unterhändlern der Regierung und der Nationalversammlung, dass sie Vorkehrungen dagegen trifft, dass durch feiges Zurückweichen von dieser Grundlage die Begehrlichkeit und Maulstulz unserer Feinde gestützt wird. Wir verlangen aus gleichem Grunde die Entfernung des internationalen gekauften und gerichteten Professors Schäding aus der Kommission und seine Ersetzung durch einen zur Wahrung deutscher Interessen geeigneten Mann.

Diese Entschliessung zeigt genau, wie die übrigen Kundgebungen, dass die Alldeutschen ihre Zeit für gekommen erachten. Unter dem Schutze und mit Hilfe der jetzigen Regierung haben sie die Sammlung und die militärische Organisation ihrer Anhänger durchzuführen können. Sie haben der Regierung in ihrem Kampf gegen die Arbeiter wertvolle Dienste geleistet und fordern jetzt ihren Lohn dafür. Das sind die Früchte der „sozialistischen“ Regierungspolitik.

### Lubendorff — Koske.

Sonntag hat General Lubendorff es trotz Belagerungszustand wagen können, bei den monarchischen Kundgebungen aktiv mitzuwirken. Wie dieses Auftreten im gesamten Auslande wirken wird, kann man schon daran erkennen, dass seine jüngste Polemik gegen Scheidemann als höchstwertiges Zeichen der aufmarschierenden Kontrevolution gewertet wurde. Die „Basler Nationalzeitung“, ein bürgerlich-demokratisches Blatt, das im Interesse der Demokratie und des Weltfriedens gegen jeden Imperialismus kämpft, schreibt über das Auftreten Lubendorffs:

„So rasch hat sich das Bild geändert, das dieser verhängnisvolle Mann es sich gestalten darf, so zum deutschen Volke zu sprechen, als sei er nicht mit schwerster Schuld beladen, als habe keine Politik und keine Kriegsführung nicht das Unglück Deutschlands besiegelt. Der Unheilbringer seines Vaterlandes zieht es vor, nicht in der Verteidigung zu bleiben; er übernimmt die dankbarere Rolle des Anführers, und er scheint den gegenwärtigen Augenblick schon für geeignet zu halten, um die Solidarität mit dem Mehrheitsblock aufzuheben. In jener unnatürlichen Allianz wird Lubendorff samt seiner Partei durch die Bedrohung eines gemeinsamen Feindes gewonnen: Es geht einerseits, die linkssozialistischen niedergewerfen, andererseits alle inneren Gegner des deutschen Sozialismus dem weiterhin unermüdet zu betragenden Volke fern zu halten. Lubendorff nimmt an, dass jene Aufgabe gelöst sei und damit stellt sich ihm wie für seine Anhänger jeder Grund, noch weiter die Regierung Scheidemann zu unterstützen; er hält sie für genügend entwirrt, um sie zum Fall zu bringen.“

Nach einer eingehenden Schilderung der verhängnisvollen Rolle Lubendorffs schließt das Blatt:

„Es ist Naturer wie Lubendorff nicht gegeben, sich von irgendwelchen Bedenken abhalten zu lassen, auf Wahrheit, Gerechtigkeit, Menschenwürde Rücksicht zu nehmen. Schon hält er die Entwürdigung für weit genug geduldet, um Scheidemann und die Scheidemannier zu verdrängen; Koske und dessen Drahtzieher in den Freiwilligenregimenten, die treuen Kameraden Luben-

dorffs, fallen ihrem Herrn den Weg zur Macht wieder ebnen. Und scheint Lubendorff hat es zu eilig, und das könnte ihm einen Strich durch seine Rechnung machen.“

So urteilt das Ausland über Lubendorff, so wertet es die Rolle Koskes, dieses Werkzeugs an der Hand der monarchistischen Gegenrevolution.

### Späte Erkenntnis.

Rechtlich spät sieht auch der „Vorwärts“ die drohende Gefahr. Er meint, dass die Kundgebung am Sonntag von den Alldeutschen, Reaktionsären und Monarchisten in so kluger Weise für ihre Zwecke mißbraucht worden sei. Die Annexionspolitiker der Entente würden in ihr einen vorteilhaften Beweis dafür erblicken, dass Deutschland noch immer von militärischem Geiste beherrscht ist und nur durch dauernde Gewaltanwendung unschädlich gemacht werden kann. Das ist richtig. Aber für die Entente bedurfte es nicht erst dieser Vorgänge bei der Kundgebung, um das Wideranstehen des alten Militarismus in Deutschland festzustellen. Die Herrschaft des Militärs, die mit Hilfe der jetzigen Regierung wieder aufgerichtet worden ist, ist für sie ein ebenso ausreichender Beweis, wie die Zusammenziehung der Friedensdelegation in der David, der am meisten verhasste deutsche Politiker in Frankreich, tonangebend ist.

## Die neue preussische Regierung.

Berlin, 24. März. (Telunion.) Die neue preussische Regierung setzt sich wie folgt zusammen: Ministerpräsident: Hirsch, Inneres: Heine, Finanzen: Schäkel, Landwirtschaft: Braun, Kultur: Pacnisch, Eisenbahn: Oeser (Dem.), Handel: Fischel (Dem.). Das Zentrum erhält das Justiz-, und das Wahlrechtamt. Die Namen der Minister für die betreffenden Ressorts werden jedoch erst im Laufe des heutigen nachmittags bekanntgegeben. Berner soll jede Partei zwei Unterstaatssekretäre stellen.

Der Anshonkel um die preussischen Ministerposten hat also schließlich dahin geführt, dass die Mehrheitspartei mit den Demokraten und dem Zentrum handelseinig geworden ist. Sehr bezeichnend für den Geist der neuen Koalition ist, dass Demokraten und Zentrum, wie die Heilmannsche Korrespondenz mitteilt, je einen Unterstaatssekretär im Kultusministerium erhalten. Das weist darauf hin, dass auf diesem wichtigsten Gebiet die Reaktion die Oberhand behält.

## Die ungarische Revolution.

### Die Lage in Budapest.

Budapest, 24. März. (Drahtbericht der „Freiheit“.) Die Umwälzung hat sich in Budapest ruhig vollzogen. Die großen Arbeitermassen, sowohl die Hand- als die Geistesarbeiter, nahmen die Befreiung vom Kapitalismus begeistert auf. Auch die Bourgeoisie hat sich bald in die neue Lage gefunden, wohl unter der Wirkung der wachsenden Forderungen des Antikapitalismus. Die gesamte Presse hat sich der Räteregierung angeschlossen. Die Verfügungen der Regierung werden pünktlich ausgeführt. Von den heute erlassenen Verordnungen ist hervorzuheben der Befehl der Sperrung sämtlicher Geschäfte, mit Ausnahme der Lebensmittelgeschäfte, Apotheken, Buchhandlungen und andere, für den unmittelbaren Lebensmittelsbedarf notwendigen Betriebe. Die Beschaffung von Waren über der Verkauf und den gesperrten Geschäften wird mit dem Tode bestraft. Die Gerichtsbarkeit über die Revolutionsgerichte aus. Weiter erlassen eine Verordnung, welche der Arbeiterschaft den Besuch der Theater libertà, in dem ein großer Teil der Theaterkarten den Gewerkschaften zur Verfügung an die Arbeiter überwiehen wurde. Es wurde das Rüstzeug veranlaßt zur Sozialisierung der Theater und anderer Kultur- und Unterhaltungsgeschäften.

### Die Umwälzung in der Provinz.

Budapest, 24. März. (Ungarisches Corr.-Bureau.) In der Provinz herrscht nach amtlichen Berichten überall Ordnung und Ruhe. In den meisten größeren Städten haben die Sozialisten die Verwaltung übernommen und ein Direktorium bestellt; in Kecskemet ist außerdem ein Bauernrat gebildet worden.

## Bürgerstreik und Bürgerwehr.

Die Revolution hat dem Gedanken des Streiks weitgehende Ausdehnung verschafft. Während früher nur die Arbeiter von der Verweigerung ihrer Arbeitskraft Gebrauch machten und alle übrigen Schichten der Gesellschaft sie deswegen anfeindeten, bezieht sich jetzt sogar das Bürgertum für den Streik der Bürger. Freilich wird dabei betont, dass es sich bei dem Bürgerstreik nur um die Abwehr eines Streiks der Arbeiter handele. In Wirklichkeit dient der Streik der Bürger genau so den Interessen der besitzenden Kreise des Bürgerturns, wie der Streik der Arbeiter den Interessen der Arbeiterklasse anstreben soll.

In einem Rundschreiben des Bürgerrats von Groß-Berlin wird der Bürgerstreik auch bereits ausdrücklich vorgegeben für den Fall der „Unterdrückung des Bürgerturns durch verfassungsmäßige Bevormundung der Arbeiterklasse“. Bisher hat man freilich noch nie davon gehört, dass das Bürgerturn sich jemals darüber entrüstet hätte, dass die besitzenden Schichten der Gesellschaft auf Kosten der Arbeiterklasse eine verfassungsmäßige Bevormundung erlangen hätten. Weber gegen die Wahlkreise, die den Einfluss der Arbeiterklasse verhindern oder nur in einem geringen Umfange zulassen, noch gegen die zweiten Kammer in den einzelnen Bundesstaaten, in denen die Arbeiterklasse überhaupt keine Vertretung hatte, hat das Bürgerturn jemals Einspruch erhoben. Jetzt mit einemmal entdeckt es keine Abneigung gegen die Bevormundung treuender Schicht der Gesellschaft. Wie aus diesem Rundschreiben ferner hervorgeht, sieht der Bürgerrat bereits in der Anerkennung der Arbeiterräte und in der Verankerung ihrer Rechte durch die Verfassung die „Bevormundung“ der Arbeiterklasse. Der Streik der Bürger richtet sich also gegen jeden Versuch der Arbeiterklasse, die formale Demokratie mit wirklichem Inhalt zu erfüllen und der Arbeiterklasse die Möglichkeit zu geben, ihren wirtschaftlichen Einfluss in gleicher Weise zur Geltung zu bringen, wie die kapitalistischen Schichten der Gesellschaft.

Der Bürgerrat hat auch bereits Richtlinien zur Organisation des Bürgerstreiks ausgearbeitet. Aus ihnen geht hervor, dass das Bürgerturn auch beteiligen in den Streik hineinbeziehen will, deren Tätigkeit zum Schutz von Leben und Gesundheit der Allgemeinheit unbedingt notwendig ist. In diesen Richtlinien heisst es:

„Besonders wichtig für den Ausfall des Streiks ist die Arbeitsniederlegung der Beamtenschaft (kommunal- und Staatsbeamte), der Banken mit ihren Beamten, der Ärzte und Apotheker, der Privatangestellten, Kaufleute, Ingenieure und Techniker, der Gastwirte, Expediente und Lebensmittelhändler, sowie der Handwerker; auch die öffentlichen Verkehrsmittel, Post, Eisenbahn sowie Volksspeiseanstalten, müssen für den Streik gewonnen werden.“

Darin zeigt sich die ganze Heuchelei des Bürgerturns. Als bei dem letzten Generallstreik in Berlin der Beschluß gefasst wurde, den Streik auf die Gas-, Elektrizitäts- und Wasserwerke auszudehnen, da entrüstete sich das Bürgerturn über die Gefährdung des Lebens und der Gesundheit der Bevölkerung. Wir haben damals keinen Schritt daraus gemacht, dass wir den Beschluß für verfehlt halten. In Übereinstimmung mit der bisberianen Haltung der Arbeiterklasse, die stets darauf hinarbeitet, durch einen Streik Leben und Gesundheit nicht zu gefährden, sind wir immer dafür eingetreten, dass die Arbeiter in lebenswichtigen Betrieben von dem Generallstreik ausgenommen werden. Aber das Bürgerturn kennt diese Richtlinien der Menschlichkeit nicht. Nach den Richtlinien sollen Ärzte und Apotheker sich an dem Streik beteiligen, die Lebensmittelhändler sollen ihre Tätigkeit einstellen und auch die Ernährung der Kermlen in den Volksspeiseanstalten soll verhindert werden. Wenn etwas deutlich den egoistischen Charakter dieses Bürgerstreiks zeigt, so ist es diese brutale Anordnung.

Aber noch ein anderer Punkt der Richtlinien ist sehr interessant. Punkt 5 spricht offen aus, dass die kommunalen Einwohnerwehren als Stütze dieses Bürgerstreiks herangezogen werden sollen. Diese Einwohnerwehren sind in ganz Groß-Berlin in der Bildung begriffen. Die beträchtliche Garde-Kavallerie-Schützen-Division hat ihre Organisation in der Hand, welche Zwecke mit dieser Gründung verfocht werden, zeigt er

bertrauliches Plausblatt, das die Abteilung VIII der G.N.S.D. verbreitet:

Es gilt, dem Einwohner zu zeigen, daß Spartakus nicht tot ist. Im Gegenteil, daß er schafft und organisiert und einen neuen, kräftigen Schlag vorbereitet, so eifrig wie bisher noch nie. Es gilt, dem Einwohner die ganze Größe der Gefahr zu zeigen, mit ihren für jeden von uns vernichtenden Folgen.

Also nicht der Kampf gegen einzelne Blünderer und Räuber ist die Aufgabe dieser Bürgerwehr, sondern der Kampf gegen Spartakus. Deutlich laßt die G.N.S.D., daß ihr daran liegt, dem Einwohner zu zeigen, daß Spartakus nicht tot sei. Das ist besonders um deswillen nötig, weil ja sonst jede Rechtfertigung der Existenz der Freiwilligenorden und auch der Einwohnerwehren fortfallen würde. In der Beitrittserklärung für die Einwohnerwehr heißt es, daß der Unterzeichner sich verpflichtet, sich selbständig auf Alarm durch die Schützen-Division oder im Falle von Unruhen sofort zur Verfügung der Einwohnerwehren zu stellen. Das heißt, daß die Angehörigen der Einwohnerwehr sich dann zu melden haben, wenn es die G.N.S.D. für gut befindet. Sie erhalten dann Waffen und haben, wie es in der Beitrittserklärung weiter heißt, die ihnen erteilten Weisungen bis zur Beendigung des Alarmzustandes durch die G.N.S.D. auszuführen. Sie sind also vollkommen willenlose Werkzeuge in den Händen der Militärmacht. Der Kampf soll, wie aus den vorbereitenden Akten ersichtlich ist, gegen Spartakistenunruhen und Unruhen geführt werden. Die Entscheidung darüber, ob und wann es sich um solche handelt, liegt ebenfalls ganz bei der militärischen Leitung dieser Wehr.

Daß diese Einwohnerwehren nichts anderes sind als ein Schutz des Bürgertums vor den wirtschaftlichen Ansprüchen des Proletariats, wird deutlich ein anderes Rundschreiben, das vom Kreisministerium verbreitet wird. Es trägt die Aktenzeichen Nr. 5029, 3. 19. A. M. J. vom 17. März 19 und ist sowohl vom Kreisminister Reinhardt, wie von dem Unterstaatssekretär Göhre genehmigt. Auch in diesem Rundschreiben wird zu einer Organisation des Bürgertums und zu dem Bürgerstreik aufgefordert. Es heißt in dem Rundschreiben, daß die bevorstehende allgemeine chronische Ausdehnung der Streiks notwendig zu Gewaltaktionen des kommunistischen Teils des Proletariats führen müsse, so daß es notwendig sei, daß das Bürgertum sich zu einem „vorteilhaftesten Selbstschutz“ zusammenschließen müsse. Die Leitung müsse in militärischer reaktionärer Hand liegen. Von besonderem Interesse ist der Vorstoß, daß die Schaffung der Organisation nicht von der Reaktion ausgehen solle, weil sie durch „Mißlichkeiten auf das nichtkommunistische Proletariat und auf die Entente gebunden sei“, sondern von der demokratischen Partei. Der „Vorwärts“, dem die Loyalität der Einwohnerwehr unannehmlich zu werden scheint, sucht trotzdem in trauer Gemeinschaft mit der „Deutschen Tageszeitung“ den gegenrevolutionären Charakter dieser Einwohnerwehren abzustreifen. Aber er kann weder die Tatsachen bestreiten, daß hervorragende Führer des Bürgertums in Wandenburg von der Garde-Kavallerie-Schützen-Division große Waffenleistungen erhalten haben, noch die Tatsache, daß die Einwohnerwehren völlig einseitig zusammengesetzt sind. Theoretisch mag jeder die Möglichkeit des Beitritts haben, obwohl ausdrücklich nur Anhänger der gegenwärtigen Regierung zum Beitritt berechtigt sind. Damit sind nicht nur alle Anhänger der U.S.P.D. vom Beitritt ausgeschlossen, sondern auch viele Rechtssozialisten, da ja die Gegnerin in ihren Reihen gegen die Regierung täglich größer wird.

In den Händen der Militaristen ist aber jede Einwohnerwehr eine Gefahr, selbst wenn sie aus Anhängern aller Parteien zusammengesetzt wäre. Unter dem Deckmantel des Schutzes der Allgemeinheit wird durch die Organisation der Einwohnerwehr auf Kosten der Allgemeinheit eine Garde geschaffen, mit der die allzeit regen Elemente der Reaktion dunkle Pläne zu verwirklichen trachten.

## Brennische Landesversammlung.

Die Debatte über die Loslösungsbestrebungen von Preußen ging gestern weiter. Herr Sch von Zentrum suchte in Schulmeistermanier Reserven anzudeuten, wobei er den Unterstaatssekretär Dr. Freund sich besonders vorknipfte, weil der am Sonnabend bald Tränen der Rührung über die bösen republikanisch werden wollenen Rheinländer vergossen hatte. Er verriet dabei, daß die Furcht vor dem Sozialismus die eigentliche Ursache der Aufrichtung eines zentrumsförmigen Freistaates war.

Ihm diente Genosse Adolf Hoffmann, der die Angriffe gegen seine kaisersministerielle, dem Zentrum schwer im Magen liegende Tätigkeit kräftig zurückwies und den Relativismus des Herrn Sch und Konsorten scharf geißelte. Herr von Dänneberg von der deutsch-hannoverschen Partei brachte in langer Rede die Schmerzen seiner Partei zum Vortrag, wobei er zu großer Freude des Zentrums die Kölner Bestrebungen auf Errichtung einer rheinisch-westfälischen Republik mit Zitaten aus dem „Vorwärts“ und mit Äußerungen von Ebert stützen konnte.

Ihm erwiderte Minister Pirch, der sich gleichermaßen wie gegen die Abtrennung der Rheinlande auch gegen die Vosson-hannoversch-Preußen-Bewegung wendete. Nachdem noch der Deutsche Volksparteiler Stenkel dem Zentrum gut zugeredet und der Mehrheitssozialist Runge das Schlusswort gesprochen hatte, wurden die vorliegenden Anträge angenommen, das Zentrum enthielt sich in einem Falle der Abstimmung.

Wegen Raummangel müssen wir den Sitzungsbericht ausfallen lassen und begnügen uns mit der Wiedergabe der Rede des Genossen Hoffmann.

9. Sitzung, Montag, den 24. März, nachm. 2 Uhr.

Das Haus legt die Beiratsung der Reichlichen Anträge der Deutschnationalen und Demokraten der die Antiliberalität und Unverserblichkeit des preussischen Staats und der die Loslösung der Rheinlande von Preußen in Verbindung mit den dazu gerichteten Anträgen Graf-Franfurt und Gen. fort.

Hrn. Adolf Hoffmann (U.S.P.): Die Woche hängt zu an, sagte einer, der am Montag geschäftig werden sollte. So kann auch die Regierung bei der eben gehaltenen Rede des Hrn. Dr. Sch sagen. Heute sollte die Regierung gebildet werden aus Zentrum, Sozialdemokraten und

Demokraten. Wir haben eben ein Beispiel von dieser Einigkeit gesehen. Wir sind die lachenden Dixerer.

Wir werden für den Antrag stimmen, der sich gegen Loslösung der linksrheinischen Gebiete wendet, weil wir nicht angeben können, daß die Bevölkerung dieses oder jenes Landesteiles gegen ihren Willen unter fremde Herrschaft kommen will.

Es sind Dinge in die Debatte gezogen worden, auf die wir noch ausführlicher zurückkommen werden. Es ist von der Wirtschaft der A- und S.-Räte gesprochen worden. Diese Dinge ist nicht tot zu kriegen. Man hat den Betrag von achtzig Millionen genannt. Bisher ist kein Beweis dafür gebracht worden. Es wird sich zeigen, daß nicht die Hälfte wahr ist. (Zuruf: Na, na!) Sie haben sich doch nicht aufgeregt, wenn früher die Anträge für die Monarchie vergeblich wurden. Sie wissen genau, wie teuer und die Monarchie war. Hiergegen sind die Ausgaben der A- und S.-Räte eine reine Bagatelle.

Die deutschen Parteien erhielten jedes Jahr ein Gehalt von 41/2 Millionen.

Das Zentrum ist nie in Verlegenheit gewesen, sein Verhalten mit sachlichen Gründen zu rechtfertigen.

Im Hintergrunde Ihrer Exitation steht das Finanzkapital.

(Erregte Zwischenrufe.) Da Sie die großen Massen mit der nationalpolitischen Bewegung sehen konnten, lüchten Sie ihnen den Schwanz von der Schwanzherbergschaft der Sozialdemokraten auf. Damit machen Sie aber nichts als die Arbeiter losprechen. Den Arbeiter aber haben Sie aufmerksam gemacht und er hängt an nachzubedenken und sucht sich über den Bolschewismus aufzuklären. Daher die große Nachfrage nach dieser bolschewistischen Literatur. Hören Sie also ruhig in dieser Weise fort, wir werden keinen Schaden haben.

Daß Sie gern einen rheinischen Kirchenstaat gehabt hätten, glaube ich Ihnen gern. (Lachen.) Sie hätten dort natürlich die unbeschränkte Herrschaft gehabt. Sie haben behauptet, die Loslösungsbestrebungen seien auf meine „aufwühlende“ Tätigkeit als Kulturminister zurückzuführen. Dazu stelle ich zunächst einmal fest, daß ich nicht als Person, sondern daß das Kultusministerium als solches für die Erlasse in Frage kommt. Wie niederträchtig die Debe gegen mich ist, will ich Ihnen durch Verlesung einiger Zeilen eines aus dem Herrn Gaenisch hochgeschätzten Beuges beweisen. Der frühere Beirat im Kultusministerium, Herr Wagnen schreibt: „Es mag hier ein Wort über die kindliche und schmäbliche Debe gegen Adolf Hoffmann gesagt werden. Was hat er eigentlich verbrochen? Daß er in den internen Sitzungen des Ministeriums die kapitalistische Richtung vertrat, ist nach seiner Parteistellung selbstverständlich; aber was aus dem Ministerium herausgegangen ist, Verfügungen und Erlasse, hatte immer die Billigung beider Minister... Wie kam es also eigentlich, daß sich alle Wat auf Hoffmann konzentrierte? War es noch eine späte Rache der Bourgeoisie, daß er sie einstmals mit der Behauptung der Reichsregierung gestiftet hatte? Aber wer kennt denn diese Drohsätze? Wie scheint, der tiefere Grund liegt anderswo.“

Hoffmann ist Arbeiter und es fehlten ihm sogar, er selbst hat nie ein Wort daraus gemacht, trotz mancherlei anerkannter politischer Kenntnisse, gewisse Elemente der formalen allgemeinen Bildung. Und daß ein solcher Mann, ein „Ungebildeter“, Minister ist, das ist für das Bürgertum der große Affront und das sichtbar Zeichen des Endes der Klassenherrschaft... Was nun Hoffmann anbetrifft, so muß ich, ihm bezeugen, daß er trotz allem Kapitalismus kein blinder und brutaler Draufgänger gewesen ist...“

Was geschehen ist, geschah gemeinsam. Aber darin bestand der Unterschied: ich habe zu den Erlässen gestanden und stehe dafür, aber Herr Gaenisch verlor den Mut und ihm fiel das Herz in die Hosen. Also er schritt um Schritt, während meiner Krankheit zurück, da war es Ihnen vom Zentrum allerdings nicht zu verdenken, wenn Sie sagten: „Immer feste drauf.“ (Zuruf: Zur Sache!) Ich muß es doch zurückweisen, wenn hier ein Redner nach dem anderen auftritt und mir die Loslösungsbestrebungen in die Schuhe schiebt.

Wenn die Erlasse in Wirksamkeit geblieben wären, hätten Sie eine

Trennung von Staat und Kirche bekommen, wie Sie sie sich vielleicht noch einmal wünschen werden. Als Minister habe ich mich für verpflichtet gehalten, eine Verständigung zu suchen; als Parteimann werde ich mit allen Kräften dafür sorgen, daß die Millionen für die Kirche gestrichen werden. (Große Unruhe.) Sie haben den Erlaß nur benutzt, um Ihre Herrschaft aufrechtzuerhalten, nicht um den Glauben zu schämen. Wenn der ungeliebte, nicht durch uns verursachte Bürgerkrieg nicht wäre, dann würden Sie sehr viel feinsäuerlicher sein. (Sehr richtig laut und Zwischenrufe im Zentrum.) Ich bin der festen Überzeugung, um Ihrer Herrschaft ein Ende zu machen, werden sich die Massen, wenn es sein muß, über die Räder der Führer hinweg, zusammenschlagen. (Große Beiratsung recht. Sehr gut links.)

Durch den Ruf: die Kirche ist in Gefahr, haben Sie die Massen erregt. Herr Rastert: frolich hat es sein verstanden, den Kopf aus der Schlinge zu ziehen. Allerdings, wenn er meint, die Revolution sei schädlich, so glauben wir ihm aufs Wort, denn Sie bringen ja alle Rechte und Vorteile. Weßhalb wollten Sie da für die Revolution kämpfen? Herr Rastert sagte, die konfessionelle Volksschule solle gerettet werden. Wir wollen, daß in der Schule Dinge gelehrt werden, die für den Klassenkampf notwendig sind. (Sehr richtig.)

Was zu der Loslösungsbestrebungen geführt hat, ist die Politik gewesen, die Preußen-Deutschland getrieben hat. Das soll anders werden.

Dazu ist aber notwendig, die Schule völlig umzugestalten.

Wir wollen, daß unsere Jugend anders als bisher erzogen wird, damit Sie kein Unheil mehr anrichten können.

Die Regierung ist von einer Witschuld nicht freizusprechen. Hören Sie, was Herr Gaenisch in der Handelskammer ausgesprochen hat:

„Ich glaube, daß wir Mehrheitssozialisten in jenem Augenblick — wenn ich so sagen darf — den revolutionären Stolz aufgegeben haben, haben wir uns um das Land sehr verdient gemacht.“

Genau so verhindern Sie jetzt, daß die Schule wird, was sie sein sollte.

Sie von drei Reden haben alle Ursache, mit der heutigen Regierung zufrieden zu sein; sie durien auch während des Belagerungszustandes Demonstrationen veranstalten. Und durch die Freiwilligenkorps wird für Sie der Boden zur Vorbereitung. Aber das Gegenteil von dem wird eintreten, was Sie wollen. Herr v. d. Osten hat von der Weiratsolution gesprochen, und ich kann Ihnen versichern, Sie sind auf dem besten Wege, sie herbeizuführen. Sie werden die ganze Welt durch Ihr Verhalten in Flammen setzen und aus den Trümmern wird neues Leben entstehen. Sie haben die Trümmer geschaffen und als Sie am Ende waren mit Ihrem Volk, dann haben Sie uns überlassen, den Parren aus dem Dreck zu ziehen.

Diese mittag konnten wir lesen, daß die Einigung zwischen Rechtssozialisten, Demokraten und Zentrum zur Regierungsbildung zustande gekommen ist. Am Sonnabend war man noch nicht soweit, da hat man noch bei uns Rücksicht gehabt. Wenn es nach dem Willen der rechten Seite des Hauses

ginge, würde Preußen ganz konserverativ-merikal werden. Ich warne Sie, wie ich es schon einmal tat, in erster Stunde. Sie werden das deutsche Volk nicht auf die Knie zwingen. Es hat seine Freiheit erlangt und wird sie verteidigen bis zum letzten Blutstropfen und die Freiheit wird keine konserverative und keine merikale, sondern sie wird eine sozialistische sein. (Sturm. Beifall links.)

Nächste Sitzung: Dienstag 1 Uhr. (Mittteilung des Präsidenten über die Berufung der Staatsregierung; erste Lesung des Notetats.)

## Programm der preussischen Fraktion der U.S.P.D.

Wie uns aus der Fraktion der U.S.P.D. mitgeteilt wird, hat sie an die Sozialdemokratische Fraktion der Preussischen Landesversammlung folgendes Schreiben gerichtet:

Auf Ihre Anfrage, ob die Fraktion der Unabhängigen Sozialdemokraten der Preussischen Verfassungsgebenden Landesversammlung bereit ist, in ein Ministerium einzutreten, erwidern wir namens unserer Fraktion, daß wir im voraus die sofortige Aufhebung des Belagerungszustandes und die sofortige Freilassung aller politischen Inhaftierten fordern.

Ferner verlangen wir:

1. Einordnung des Märzsystems in die Verfassung, entscheidende Mitwirkung der Räte bei der Gesetzgebung, Staats- und Gemeindeverwaltung und in den Betrieben.
2. Wichtige Aufhebung des alten Heeres und des durch Freiwilligenkorps gebildeten Soldnerheeres, Ermöglichung des Bürgerturns, Errichtung einer Volkswehr aus den Reihen der lossendbewaffneten Arbeiterschaft, Selbstverwaltung der Volkswehr und Wahl der Führer durch die Mannschaft, Aufhebung der Militärgerichtsbarkeit.
3. Sicherung aller durch die Revolution errungenen politischen Freiheiten.
4. Trennung von Staat und Kirche, Verweltlichung der Schule, sofortige Einführung der Einheitschule.
5. Vermeidung aller Maßnahmen, die das kapitalistische Wirtschaftssystem stützen.
6. Sofortige Inangriffnahme der Sozialisierung: Die Niederführung der gesamten kapitalistischen Wirtschaft in die sozialistische muß unmittelbar in Angriff genommen werden, die wichtigsten Produktionsmittel in Landwirtschaft, Industrie, Handel und Verkehr, der Grund und Boden sowie die Bodenschätze sind als Volkseigentum zu erklären und unter gesellschaftliche Kontrolle zu stellen, die Produktion ist planmäßig nach sozialistischen Grundförmeln aufzubauen, die Verteilung der Verbrauchsgüter nach sozialistischen Grundförmeln zu regeln.
7. Radikale Vertretung dieser Forderungen bei der Reichsregierung, härtester Widerstand gegen alle Maßnahmen der Reichsregierung, welche die Verwirklichung dieser Forderungen verhindern.

Adolf Hoffmann. Dr. Kurt Rosenfeld.

## Das Arbeitsprogramm der preussischen Landesversammlung.

Berlin, 24. März. Der Seniorenkonvent der Preussischen Landesversammlung trat am Montag nach Schluß der Sitzung zusammen. Ueber seine Beratungen und Vorschläge ist folgendes mitzuteilen: Die am Dienstag auf der Tagesordnung stehende Mitteilung der Regierung über die Bildung der neuen Regierung und über den Notetat wird voraussichtlich noch nicht besprochen werden, weil nachträglich noch die Polenfrage auf die Tagesordnung gesetzt worden ist, mit deren Beratung man voraussichtlich am Dienstag fertig werden wird. Am Mittwoch erst wird der Notetat im Zusammenhang mit der Regierungserklärung besprochen werden. Später kommen die Interpellationen über die Ernennung an die Reihe, mit deren Beratung man bis zum Sonnabend fertig zu werden hofft, dann soll Beratung eintreten.

## Sonderinteresse oder Allgemeininteresse?

Ueber die Haltung der Seeleute bei Ausfahrt der deutschen Schiffe liegen heute die folgenden Meldungen vor:

Bremen, 23. März. Die heutige Versammlung der Bremer Seeleute aller Chargen war von etwa 1000 Seeleuten besucht, in der Mehrzahl von Mitgliedern des deutschen Seemannsbundes. Nach längerer erregter Verhandlung verließen die Anhänger des Seemannsbundes demonstrativ den Saal. Die Zurückbleibenden nahmen eine Entschlieung an, in der sie sich verpflichteten, auf Anforderung der Reichsregierung mit den Schiffen auszufahren. Gleichzeitig wird die Regierung aufgefordert, für die durch eine eventuelle Auslieferung der Schiffe bedrohten Seeleute in ausgiebiger Weise zu sorgen.

Bremerhaven, 23. März. Eine am Vormittag festgefundene Versammlung der Seeleute aller Chargen beschloß, die Lebensmittelschiffe ohne Garantien nicht ausfahren zu lassen. Nach der Versammlung veranstalteten die Teilnehmer vor dem Gebäude des Norddeutschen Lloyd eine Kundgebung gegen die Ausfahrt der Schiffe ohne Garantien.

Immer deutlicher wird es, daß das Verhalten der Seeleute durchaus keine politische, oder wie die bürgerliche Presse zu berichten wußte, „spartakistische“ Motive hatte. Als die ersten Nachrichten über die Vereinbarung mit der Entente über die Auslieferung der deutschen Handelsflotte kamen, haben die deutschen Kapitalisten, und insbesondere die Reederei, gegen diese Auslieferung auf das schärfste protestiert. Sie wollten nicht, daß Deutschland seiner Handelsflotte beraubt werde, was für sie bedeutet, daß ihren Profitmöglichkeiten eine Grenze gesetzt wird. Was damals die Kapitalisten getan haben, um leib die Seeleute. Auch sie wollten sich vor Arbeitslosigkeit hüten und sind deshalb zum Teil Begner des Auslaufens der Schiffe.

Das Verhalten der Kapitalisten ist genau so wenig zu billigen wie das der Seeleute. Aber beides hat mit Politik nichts zu tun und entspringt primitiven und egoistischen Bedenkengängen. Die Seeleute wollten Garantien für ihre Existenz nach Auslieferung der Schiffe. Sie glaubten, durch ihre Weigerung, die Schiffe ausfahren zu lassen, zu erreichen, daß von den Entente neue Verhandlungen eingeleitet würden. Sie haben ja auch neu verhandelt, als die Wasserkontrollkommission in Spaa energisch geworden sei und die Verhandlungen abgebrochen habe. Viele Gründe der Seeleute sind durchaus nicht „spartakistisch“, sondern rein wirtschaftlicher Art. Aber nicht das Interesse einer kleinen Gruppe darf ausschlaggebend sein, sondern nur das Inter-

esse der Gesamtheit. Die Ausfuhr der Lebensmittel-  
schiffe darf deshalb weder von den Unternehmern, noch von  
den Arbeitern gehindert werden, da hiervon die Ernährung  
der Gesamtheit abhängt.

Aber gegenüber der Forderung, die jetzt von den Abge-  
ordneten der Regierung einseitig gegen die Seeleute gerichtet  
wird, sei doch betont, daß die Erziehung der Ernährung der  
Volksgesundheit nicht nur durch die Wahrung der Seelente, die  
Schiffe nicht ausfahren zu lassen gegeben ist, sondern  
eben so durch das Verhalten der Regierung, die den Frie-  
den ablehnen will. Damit würde ja auch die Möglichkeit  
schwinden, ausländische Lebensmittel zu erhalten.

Hamburg, 24. März. Bis heute mittag sind insgesamt  
27 Dampfer auslaufen mit insgesamt etwa 200 000  
Korn-Registertonnen.

### Landeskonferenz der U. S. P. in Bayern.

München, 23. März. Die erste Landesversammlung  
der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei Bayerns  
nahm folgende Münchener Anträge an:

Die revolutionären Kämpfe und Kämpfe Bayerns haben am  
21. Februar 1919 die sich erhebende Gegenrevolution in Bayern  
niederzuschlagen, die mit der Reaktion verbundenen Arbeiterführer  
abgesetzt und eine klassenbewußte Front der Sozialisten gegen die  
Kapitalistenklasse geschaffen. Die am 23. März tagende Landes-  
konferenz der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei Bayerns  
erklärt als ihre erste Aufgabe, den errungenen Sieg zu befestigen  
und auszubauen und den erhofften Sieg des Proletariats vor-  
zubereiten. Die Landeskonferenz erwartet von den in die Regie-  
rung einetretenen Genossen, daß sie in der Erfüllung dieser Auf-  
gaben ihre Haupttätigkeit erblicken. Die gegenwärtigen Her-  
forderungen des neuen Aktionsprogramms sind die Richtlinien für  
die von einer sozialistischen Minorität durchzuführenden Maß-  
nahmen. Voraussetzung für die Durchführung aller Maßnahmen  
ist die Hebung der Verwaltungsbürokratie der Betriebe  
und Behörden in Selbstverwaltung. Ohne die Demokrati-  
sierung der Verwaltung bleiben die schönsten Verfügungen ein  
leeres Papier. In dem Bruch mit der alten Verwaltung steht  
die Landeskonferenz die erste Voraussetzung für ein gebrüder-  
liches Arbeiten der sozialistischen Minister in dem Sinne der Vergesell-  
schaftung. In die Erfüllung dieser Bedingungen läßt sie ihre Zustimmung zum Eintritt von Partei-  
mitgliedern in die Regierung.

Dieser Beschluß wurde mit 45 gegen 23 Stimmen an-  
genommen. Der von Gen. Kämpfer (München) einge-  
brachte Antrag der Gaukonferenz der U. S. P. Südbayerns  
auf Nichtbeteiligung der Partei an der Regierung fiel damit.

### Arbeiterratswahlen in Hamburg.

Hamburg, 24. März. Die Wahlen des Arbeiterrates in  
Hamburg ergaben bei schwacher Wahlbeteiligung für die  
Rechtssozialisten 240 Sitze, für die U. S. P. 37 Sitze, für die  
Kommunisten 26 Sitze, auf die bürgerlichen Parteien fielen  
97 Sitze, insgesamt 400 Sitze.

### Betriebswahlen oder Bezirkswahlen?

Die am gestrigen Vormittag in den Ormaniasalen tagende  
Vollversammlung der Arbeiterräte Groß-Berlins zeigte außer-  
lich wieder das bewegte Bild, das wir an diesen Versammlungen  
schon immer beobachten konnten. Zur Verhandlung stand die  
Frage der Teilnahme an den Arbeiterratswahlen, die nach den  
Anordnungen des Zentralrats am nächsten Sonntag bezirks-  
weise in Berlin und den beiden Landkreisen Teltow-Deetow und  
Niederbarnim stattfinden sollen.

Richard Müller machte zu Beginn der Versammlung einige  
geschärfte Mitteilungen mit der weiteren Belanngabe, daß ein  
Antrag der Korpsführer, jeden Korpsführer zwei  
Delegierte zum Kongreß senden zu lassen, vom Zentralrat ab-  
gelehnt worden sei.

Das Zentralratsmitglied Knoblauch verteidigte diese ab-  
lehrende Haltung mit dem Hinweis darauf, daß durch die Zu-  
billigung von zwei Delegierten der Personenkreis des Räte-  
kongresses zu kurz werden würde. Was den Termin des zum  
8. April einberufenen Rätekongresses betreffe, so sei dieser aller-  
dings etwas zu früh, um die Wahlen in ordnungsmäßiger Weise  
so durchzuführen, wie es nötig sei; er hoffe aber, daß sich die  
Berliner Arbeiter doch an diesen Wahlen beteiligen werden.

Inzwischen ist ein Antrag der Kommunisten eingelaufen, der  
die Versammlung ersucht, eine Beteiligung an diesen vom Zen-  
tralrat ausgeschriebenen Wahlen abzu lehnen. Zur Begründung  
erhielt das Wort  
Berg: Der Zentralrat, so führt Redner aus, hat gar nicht  
mehr das Recht, einen Konvok einberufen, denn er habe ja  
sein Mandat in die Hände der Nationalversammlung gelegt; alle  
Verfügungen des Zentralrats seien daher null und nichtig.  
Eine Wahl nach dem vorgeschlagenen Reglement sei nur ein Ab-  
stich der Nationalversammlung, Redner tritt für die Betriebs-  
wahlen ein. Diese hätten den großen Vorzug, daß jeder ge-  
wählte Arbeiter, wenn er das Vertrauen seiner Wähler nicht  
mehr besitze, sofort abberufen werden könne. Der unter dem  
vom Zentralrat vorgeschlagenen Wahlreglement zusammengetre-  
tenen Kongreß kann nicht wirksam für die Sozialisierung arbeiten. Der  
Zentralrat handelt nicht ehrlich; er will, daß das Bürgerium  
mit einer größeren Anzahl Delegierten vertreten ist. Nach  
weiteren Ausführungen über die Wahlen der Bauern geht schließlich  
der Redner mit der Erklärung, daß die kommunistische Partei  
die Teilnahme an diesen Wahlen ablehne; auch die Arbeiterräte  
Oberschlesens hätten bereits die Teilnahme abgelehnt, ebenso  
wie die Arbeiterräte Oberbayerns.

Strasser (Rechtssozialist) lehnt den Antrag der Kommu-  
nisten ab. Nach dem Beschluß der Vollversammlung vom  
28. Februar war der Zentralrat beauftragt, den Kongreß einzu-  
berufen. Wer auf dem Boden des allgemeinen Wahlrechts steht,  
der müsse für Bezirkswahlen sein. Die U. S. P. könne zu be-  
stimmten, daß sie bei Bezirkswahlen nicht abstehe. Die  
Wahlen am Sonntag werden bestimmt stattfinden und wenn sie  
nicht auf Grund von Bezirkswahlen stattfinden, dann werden die  
Mandate mit Sicherheit fassiert werden.

In einzelnen Gegenden kam es nun bei der Abstimmung  
über einen von Berg (Kommunist) eingebrachten Ge-  
schäftsordnungsantrag, die bürgerliche Presse wegen  
ihrer Lügenberichte aus der Versammlung  
auszuschließen. Als der Vorsitzende Reue die Ablehnung  
dieses Antrags konstatiert, wird dieses Resultat durch energische  
Zwischenrufe seitens der Kommunisten angezweifelt. Es wird  
namentlich die Abstimmung verlangt. Dieser Antrag wird aber,  
nachdem Däumig dagegen gesprochen, und auch erklärt  
hat, daß der Antrag auf Anziehung der bürgerlichen Presse ab-  
gelehnt worden sei, ebenfalls verworfen.

Richard Müller, der nun das Wort ergreift, beantragt  
einen Antrag der U. S. P., der folgenden Wortlaut hat:

Die Vollversammlung lehnt eine Wahl der Arbeiterräte  
zum Rätekongreß nach den Bestimmungen des Zentralrats ab.  
Sie erklärt in dem Wahlreglement einen Abscheu vor dem

einen Rätekongreß zustande zu bringen, der die Schaffung einer  
Räteorganisation nach dem Wunsch der Regierung und der  
Führer der Rechtssozialisten gewährleisten soll.

Die Versammlung lehnt es ab, an diesem Verrat mitzu-  
wirken; sie hält nach wie vor an dem Betriebs- und Berufswahl-  
recht fest.

Die Vollversammlung fordert die werktätige Bevölkerung  
Groß-Berlins auf, sich an den ausgeschriebenen Bezirkswahlen  
nicht zu beteiligen.

Müller fährt aus, daß zu dem Wahlreglement des Zen-  
tralrats prinzipiell Stellung genommen werden müsse. Die  
Arbeiterräte können nur durch die Betriebe und Be-  
rufe gewählt werden. Die Arbeiterräte sollen die Interessen  
ihrer Kollegen in den Betrieben wahren, sie sollen die Betriebe  
kontrollieren und die Sozialisierung der Betriebe vorbereiten.  
Wenn die Arbeiterräte diese Aufgabe erfüllen sollen, dann müssen  
sie auch aus den Betrieben oder aus den Berufen hervorgehen;  
sie müssen in ständiger Fühlung und unter Kontrolle ihrer  
Wähler stehen. Das sind Grundzüge, die bei dem  
Wahlreglement nicht aus dem Auge gelassen werden können. Müller  
bespricht dann ebenfalls die Schwierigkeiten, die bei einer Be-  
zirkswahl entstehen; es werde noch nicht einmal möglich sein, daß  
jede der in Betracht kommenden Parteien die 500 in Betracht  
kommenden Arbeiterratsmandate ausfüllen.

Müller fährt dann fort, man verfolge mit dem neuen Wahl-  
system ganz andere Pläne. Wenn dieses sich durchsetze, dann  
würden wir doch die alten Partei- und Gewerkschaftsorganisationen wie-  
der in den Arbeiterräten finden, und was dann dabei herauskommt,  
könne man sich denken. Der Rätekongreß soll nach diesen Plänen  
nicht von den alten Arbeiterräten besetzt werden, sondern aus  
Partei- und Gewerkschaftsführern bestehen. Dieser Rätekongreß soll  
dann die Räteverfassung bilden, er soll aus Delegierten zusammen-  
gesetzt werden, die selbst nichts mit den Arbeiterräten zu tun  
haben. Das kann nur einer verschlagen, der nicht auf dem Boden  
des Räteprinzips steht. Wir erblicken darin einen Versuch, den  
Rätekongreß auf eine Bahn zu bringen, wo er eine gefügige  
Reihe für die rechtssozialistischen Führer wird. Wir betrachten  
das als einen Verrat und werden diese Pläne mit allen Mitteln  
bekämpfen. Müller geht des Weiteren auf den ganzen Werdegang  
des bevorstehenden Rätekongresses ein und führt den Nachweis,  
daß der Zentralrat diesen Kongreß dauernd verschlepp hat. Ist  
es zwischen den Wahlen und dem Kongreß eine so kurze Frist ge-  
setzt, daß selbst von bürgerlicher Seite eine ordentliche Erleidi-  
gung der Wahlen für unmöglich gehalten werde. Noch nie habe er  
Redner, so viel Unvernünftigen auf einem Laufweg gesehen wie bei  
diesem Zentralrat. Auch im Reide wehre man sich gegen dieses  
neue Wahlreglement, und Nachrichten aus Düsseldorf,  
Frankfurt a. M., Leipzig und Bayern besagen, daß die Arbeiterräte  
dort sich ebenfalls nicht an diesen Wahlen beteiligen wollen.  
Wir schlagen vor, die Wahlen nicht nach den Bestimmungen des  
Zentralrats, sondern hier in der Vollversammlung vorzunehmen.  
Dann werden wir sehen, ob der Kongreß diese Wahlen für un-  
möglich erklärt sollte er das tun, dann werden sich auf diesem  
Kongreß noch so viele Elemente finden, die gemeinsam mit uns  
das tun werden, was für das Räteprinzip von Vorteil ist.  
(Beifall.)

Als der Vorsitzende Reue nun dem Zentralratsmitglied  
Cohen das Wort erteilt, springt der Kommunist Herzlich  
auf und ruft in den Saal hinein: Ich protestiere ganz  
energisch dagegen, daß Cohen spricht. Es entsteht  
ein großer Tumult, der minutenlang dauert und vom Vorsitzenden  
nicht beschwichtigt werden kann. Auch Müller und Däumig  
versuchen, Herzuß davon abzubringen, daß er seinen Protest  
aufrechterhält. Vergebens, Herzuß und die übrigen Kommunisten  
verhindern durch ständige Zurufe Cohen am Sprechen. Es bleibt  
dem Vorsitzenden nichts übrig, als die Versammlung auf eine  
halbe Stunde zu vertagen.

Nach Wiedereröffnung teilt der Vorsitzende mit, daß die  
Fraktionsvorstände sich dahin geeinigt haben, daß zunächst der  
Arbeiterrat Führer von den Demokraten das Wort erhalten und  
nach ihm dann Cohen sprechen solle.

Fischer (Demokrat) kritisiert nun in seiner Rede das Wahl-  
reglement des Zentralrats, kommt aber dann zu dem Schluß,  
daß sich seine Partei trotzdem an den Wahlen beteiligen werde.

Cohen bemerkt zuerst persönlich, daß an dem in einer  
früheren Vollversammlung gemachten Gespräch, das sich auf  
eine Neuerung Eberdemanns stütze, und wonach er ein Posten-  
jäger sei, absolut unklar ist; Eberdemann selbst habe ihm  
gegenüber bestritten, eine solche Neuerung getan zu haben. Zur  
Sache selbst bemerkt Cohen, daß es dem Zentralrat nicht ein-  
fache, mit dem Reglement absichtlich etwas Falsches zu wollen.  
Er selbst stehe auf dem Boden der Berufsstände und werde das  
in seinem Referat auf dem Kongreß auch vertreten. Was die  
Widerlegung des Mandats des Zentralrats betreffe, so sei  
dieses nur gegeben mit der Maßgabe, daß der Zentralrat bis zu  
einer anderen Regelung sein Amt weiter ausübe, daß dieser  
Kongreß so spät einberufen wurde, liege daran, daß der Zen-  
tralrat von der Nationalversammlung die  
Verankerung des Räteprinzips erwarte, was aber  
nicht eingetreten ist. Was die Kritik an dem Reglement an-  
geht, so sieht eine Wahlvorschrift, die den Kreis der Wähler be-  
schränkt, immer auf die Ungleichheit eines Teiles der Bevöl-  
kerung. In die Berliner Wahlen habe sich der Zentralrat über-  
haupt nicht hineingemischt.

Däumig ist der Ansicht, daß in dem Wahlreglement nicht  
das Unvernünftige, sondern der böse Wille des  
Zentralrats zum Ausdruck komme. Die Körperkassier, die vom  
ersten Tage an die Pflicht gehabt habe, die Räteorganisation  
auszubauen und zu erweitern, hat das nicht getan. Der Zen-  
tralrat hat, seitdem er sein Amt in die Hände der National-  
versammlung legte, keine Hand mehr für die Arbeit-  
erräte gerührt. Der Rätekongreß ist von vornherein zur  
Erfolglosigkeit verurteilt, und schwere Konflikte werden  
heraufbeschworen. Wenn ein Rätekonvent auf Grund des  
vorliegenden Wahlreglements zustande kommt, wird das ein  
Verstoß sein. Das darf sich die revolutionäre Arbeiterschaft  
nicht gefallen lassen.

Koelisch (Rechtssozialist) wendet sich gegen die Kommu-  
nisten und behauptet, daß sie die eigentlichen Rätefeinde seien  
und die Rechtssozialisten die wahren Rätefreunde wären.

Herzuß (Kommunist) bedauert, daß nicht der Posten-  
jäger von dem Kongreß einberufen habe, dann wären alle diese  
Ermittelungen nicht entstanden. Es mac ein Fehler, dem Zen-  
tralrat überhaupt noch etwas Ersprißliches zuzutragen. Wir  
beteiligen uns grundsätzlich nicht an diesem Mandatskongreß;  
die U. S. P. D. solle es ebenso machen.

Ein Antrag auf Schluß der Debatte wird hierauf einstimmig  
angenommen.

Persönlich bemerkt noch Reue (U. S. P. D.), daß  
Eberdemann sich seiner Zeit genau in der Weise verhalten habe,  
wie es in der Vollversammlung mitgeteilt worden  
sei.

Hierauf teilt Richard Müller mit, daß die Fraktions-  
vorstände eine Besprechung gehabt haben. (Zuruf: Ausbruch.)  
In den Richtlinien für die Wahlen zum Kongreß heißt es, daß im  
Bereitschaften nach den Grundzügen des Wahlreglements gewählt  
werden muß. Das ist aber in Berlin, besonders in Bezug  
auf die Verhältniswahlen, der Fall gewesen. Nun heißt es in  
den Richtlinien weiter, es dürfe kein Widerspruch erhoben werden.  
Die U. S. P. hat jetzt Widerspruch erhoben; wenn sie diesen  
Widerspruch zurückzieht, dann können die Wahlen hier in der  
Vollversammlung vorgenommen werden. Der Fraktionsvorstand  
der U. S. P. hat hier nun erklärt, daß er für Zurückziehung  
des Widerspruches sei, er müsse aber erst mit seiner  
Organisation verhandeln. Müller schlägt deshalb Ver-  
tagung vor. Es soll eine Versammlung am Mittwoch stattfinden,

die zu Beginn den Bericht des Fraktionsvorstandes der U. S. P.  
entgegennehmen und dann die vorliegenden Anträge zum Räte-  
kongreß beraten soll. Am Freitag würde dann die Wahl der Dele-  
gierten vorzunehmen sein.

Die Versammlung erhebt dagegen keinen Widerspruch und  
wird darauf vertagt.

## Gewerkschaftliches.

### Der Streit der Leitergerüstbauer

Ist nach Verhandlungen mit den Unternehmern mit der Grun-  
dungszeit von 26 Stunden für die Stunde für Holzer, Gerüst-  
bauer, Holz- und Hilfsarbeiter beigelegt. Die Bedingungen der  
beugewerkschaftlichen Lohnvereinbarungen werden nach endgültigen  
Abmachungen festgehalten. Der Lohn wird für die laufende  
Woche gezahlt. Die Branchenleitung.

Einnehmer und Einnehmerinnen der Bistoria-Versicherung.  
Am Dienstag, den 26. 3. 19 findet eine Betriebs-Vollversam-  
lung statt, einschließlich aller Generalagenturen und Assen-  
stellen von Groß-Berlin und aller Vororte. Tagesordnung:  
Arbeiterratswahl. Referent: Siemens. Arbeiterrat U. S. P.  
eingeladen sind die Kollegen Einnehmer aller anderen Ver-  
sicherungen. Versammlung bei H. Wille, Berlin, Sebastian-  
straße 89, abends 7 1/2 Uhr. A. A.: Der Obmann A. Schwib.

Achtung! Frühere und jetzige Arbeiter und Arbeiterinnen der  
Firma Weitz u. Samel-Wilmersdorf, Heule, Dienstag, den  
25. 3. 1919, nachm. 4 1/2 Uhr. Versammlung im Lokal von Schilling,  
Wilmersdorf, Lauenburger Str. 2. Tagesordnung: Bericht über  
die Verhandlung vor dem Schlichtungsausschuß.

Der Arbeiterratsführer.

## Groß-Berlin.

### Obleute der Betriebe!

Donnerstag, den 27. März, abends 8 Uhr, findet in der  
Schillerstr. 118 eine Sitzung statt. Erscheinen dringend notwendig  
Tagesordnung: 1. Bericht der 24er Kommission und Ab-  
rechnung. 2. Verschiedenes.

Unterstützungskommission der Berliner Arbeiterschaft.  
J. A.: K. Karr.

### Die Märzfeier in Neukölln.

findet nunmehr am Donnerstag, den 27. März, abends  
6 1/2 Uhr, in der Aula des Kaiser-Friedrich-Gymnasiums,  
Kaiser-Friedrich-Straße 210, statt. Die Eintrittskarten mit dem  
Datum des 28. März berechtigen zum Eintritt.

### Lebensmittelkatalog.

Wichtig. In der Woche vom 24. bis 30. 3. 1919 gelangen in der Ver-  
kaufsstelle der Gemeinde zur Algabe: Groß-Berliner Lebensmittel-  
karte: auf Abchnitt 101 100 Gramm Hefe, 100 Gramm auf Abchnitt  
102 100 Gramm Hefe, 100 Gramm auf Abchnitt 103 100 Gramm  
auf Abchnitt 104 100 Gramm Hefe, 100 Gramm auf Abchnitt 105  
100 Gramm Hefe, 100 Gramm auf Abchnitt 106 100 Gramm  
auf Abchnitt 107 100 Gramm Hefe, 100 Gramm auf Abchnitt 108  
100 Gramm Hefe, 100 Gramm auf Abchnitt 109 100 Gramm  
auf Abchnitt 110 100 Gramm Hefe, 100 Gramm auf Abchnitt 111  
100 Gramm Hefe, 100 Gramm auf Abchnitt 112 100 Gramm  
auf Abchnitt 113 100 Gramm Hefe, 100 Gramm auf Abchnitt 114  
100 Gramm Hefe, 100 Gramm auf Abchnitt 115 100 Gramm  
auf Abchnitt 116 100 Gramm Hefe, 100 Gramm auf Abchnitt 117  
100 Gramm Hefe, 100 Gramm auf Abchnitt 118 100 Gramm  
auf Abchnitt 119 100 Gramm Hefe, 100 Gramm auf Abchnitt 120  
100 Gramm Hefe, 100 Gramm auf Abchnitt 121 100 Gramm  
auf Abchnitt 122 100 Gramm Hefe, 100 Gramm auf Abchnitt 123  
100 Gramm Hefe, 100 Gramm auf Abchnitt 124 100 Gramm  
auf Abchnitt 125 100 Gramm Hefe, 100 Gramm auf Abchnitt 126  
100 Gramm Hefe, 100 Gramm auf Abchnitt 127 100 Gramm  
auf Abchnitt 128 100 Gramm Hefe, 100 Gramm auf Abchnitt 129  
100 Gramm Hefe, 100 Gramm auf Abchnitt 130 100 Gramm  
auf Abchnitt 131 100 Gramm Hefe, 100 Gramm auf Abchnitt 132  
100 Gramm Hefe, 100 Gramm auf Abchnitt 133 100 Gramm  
auf Abchnitt 134 100 Gramm Hefe, 100 Gramm auf Abchnitt 135  
100 Gramm Hefe, 100 Gramm auf Abchnitt 136 100 Gramm  
auf Abchnitt 137 100 Gramm Hefe, 100 Gramm auf Abchnitt 138  
100 Gramm Hefe, 100 Gramm auf Abchnitt 139 100 Gramm  
auf Abchnitt 140 100 Gramm Hefe, 100 Gramm auf Abchnitt 141  
100 Gramm Hefe, 100 Gramm auf Abchnitt 142 100 Gramm  
auf Abchnitt 143 100 Gramm Hefe, 100 Gramm auf Abchnitt 144  
100 Gramm Hefe, 100 Gramm auf Abchnitt 145 100 Gramm  
auf Abchnitt 146 100 Gramm Hefe, 100 Gramm auf Abchnitt 147  
100 Gramm Hefe, 100 Gramm auf Abchnitt 148 100 Gramm  
auf Abchnitt 149 100 Gramm Hefe, 100 Gramm auf Abchnitt 150  
100 Gramm Hefe, 100 Gramm auf Abchnitt 151 100 Gramm  
auf Abchnitt 152 100 Gramm Hefe, 100 Gramm auf Abchnitt 153  
100 Gramm Hefe, 100 Gramm auf Abchnitt 154 100 Gramm  
auf Abchnitt 155 100 Gramm Hefe, 100 Gramm auf Abchnitt 156  
100 Gramm Hefe, 100 Gramm auf Abchnitt 157 100 Gramm  
auf Abchnitt 158 100 Gramm Hefe, 100 Gramm auf Abchnitt 159  
100 Gramm Hefe, 100 Gramm auf Abchnitt 160 100 Gramm  
auf Abchnitt 161 100 Gramm Hefe, 100 Gramm auf Abchnitt 162  
100 Gramm Hefe, 100 Gramm auf Abchnitt 163 100 Gramm  
auf Abchnitt 164 100 Gramm Hefe, 100 Gramm auf Abchnitt 165  
100 Gramm Hefe, 100 Gramm auf Abchnitt 166 100 Gramm  
auf Abchnitt 167 100 Gramm Hefe, 100 Gramm auf Abchnitt 168  
100 Gramm Hefe, 100 Gramm auf Abchnitt 169 100 Gramm  
auf Abchnitt 170 100 Gramm Hefe, 100 Gramm auf Abchnitt 171  
100 Gramm Hefe, 100 Gramm auf Abchnitt 172 100 Gramm  
auf Abchnitt 173 100 Gramm Hefe, 100 Gramm auf Abchnitt 174  
100 Gramm Hefe, 100 Gramm auf Abchnitt 175 100 Gramm  
auf Abchnitt 176 100 Gramm Hefe, 100 Gramm auf Abchnitt 177  
100 Gramm Hefe, 100 Gramm auf Abchnitt 178 100 Gramm  
auf Abchnitt 179 100 Gramm Hefe, 100 Gramm auf Abchnitt 180  
100 Gramm Hefe, 100 Gramm auf Abchnitt 181 100 Gramm  
auf Abchnitt 182 100 Gramm Hefe, 100 Gramm auf Abchnitt 183  
100 Gramm Hefe, 100 Gramm auf Abchnitt 184 100 Gramm  
auf Abchnitt 185 100 Gramm Hefe, 100 Gramm auf Abchnitt 186  
100 Gramm Hefe, 100 Gramm auf Abchnitt 187 100 Gramm  
auf Abchnitt 188 100 Gramm Hefe, 100 Gramm auf Abchnitt 189  
100 Gramm Hefe, 100 Gramm auf Abchnitt 190 100 Gramm  
auf Abchnitt 191 100 Gramm Hefe, 100 Gramm auf Abchnitt 192  
100 Gramm Hefe, 100 Gramm auf Abchnitt 193 100 Gramm  
auf Abchnitt 194 100 Gramm Hefe, 100 Gramm auf Abchnitt 195  
100 Gramm Hefe, 100 Gramm auf Abchnitt 196 100 Gramm  
auf Abchnitt 197 100 Gramm Hefe, 100 Gramm auf Abchnitt 198  
100 Gramm Hefe, 100 Gramm auf Abchnitt 199 100 Gramm  
auf Abchnitt 200 100 Gramm Hefe, 100 Gramm auf Abchnitt 201  
100 Gramm Hefe, 100 Gramm auf Abchnitt 202 100 Gramm  
auf Abchnitt 203 100 Gramm Hefe, 100 Gramm auf Abchnitt 204  
100 Gramm Hefe, 100 Gramm auf Abchnitt 205 100 Gramm  
auf Abchnitt 206 100 Gramm Hefe, 100 Gramm auf Abchnitt 207  
100 Gramm Hefe, 100 Gramm auf Abchnitt 208 100 Gramm  
auf Abchnitt 209 100 Gramm Hefe, 100 Gramm auf Abchnitt 210  
100 Gramm Hefe, 100 Gramm auf Abchnitt 211 100 Gramm  
auf Abchnitt 212 100 Gramm Hefe, 100 Gramm auf Abchnitt 213  
100 Gramm Hefe, 100 Gramm auf Abchnitt 214 100 Gramm  
auf Abchnitt 215 100 Gramm Hefe, 100 Gramm auf Abchnitt 216  
100 Gramm Hefe, 100 Gramm auf Abchnitt 217 100 Gramm  
auf Abchnitt 218 100 Gramm Hefe, 100 Gramm auf Abchnitt 219  
100 Gramm Hefe, 100 Gramm auf Abchnitt 220 100 Gramm  
auf Abchnitt 221 100 Gramm Hefe, 100 Gramm auf Abchnitt 222  
100 Gramm Hefe, 100 Gramm auf Abchnitt 223 100 Gramm  
auf Abchnitt 224 100 Gramm Hefe, 100 Gramm auf Abchnitt 225  
100 Gramm Hefe, 100 Gramm auf Abchnitt 226 100 Gramm  
auf Abchnitt 227 100 Gramm Hefe, 100 Gramm auf Abchnitt 228  
100 Gramm Hefe, 100 Gramm auf Abchnitt 229 100 Gramm  
auf Abchnitt 230 100 Gramm Hefe, 100 Gramm auf Abchnitt 231  
100 Gramm Hefe, 100 Gramm auf Abchnitt 232 100 Gramm  
auf Abchnitt 233 100 Gramm Hefe, 100 Gramm auf Abchnitt 234  
100 Gramm Hefe, 100 Gramm auf Abchnitt 235 100 Gramm  
auf Abchnitt 236 100 Gramm Hefe, 100 Gramm auf Abchnitt 237  
100 Gramm Hefe, 100 Gramm auf Abchnitt 238 100 Gramm  
auf Abchnitt 239 100 Gramm Hefe, 100 Gramm auf Abchnitt 240  
100 Gramm Hefe, 100 Gramm auf Abchnitt 241 100 Gramm  
auf Abchnitt 242 100 Gramm Hefe, 100 Gramm auf Abchnitt 243  
100 Gramm Hefe, 100 Gramm auf Abchnitt 244 100 Gramm  
auf Abchnitt 245 100 Gramm Hefe, 100 Gramm auf Abchnitt 246  
100 Gramm Hefe, 100 Gramm auf Abchnitt 247 100 Gramm  
auf Abchnitt 248 100 Gramm Hefe, 100 Gramm auf Abchnitt 249  
100 Gramm Hefe, 100 Gramm auf Abchnitt 250 100 Gramm  
auf Abchnitt 251 100 Gramm Hefe, 100 Gramm auf Abchnitt 252  
100 Gramm Hefe, 100 Gramm auf Abchnitt 253 100 Gramm  
auf Abchnitt 254 100 Gramm Hefe, 100 Gramm auf Abchnitt 255  
100 Gramm Hefe, 100 Gramm auf Abchnitt 256 100 Gramm  
auf Abchnitt 257 100 Gramm Hefe, 100 Gramm auf Abchnitt 258  
100 Gramm Hefe, 100 Gramm auf Abchnitt 259 100 Gramm  
auf Abchnitt 260 100 Gramm Hefe, 100 Gramm auf Abchnitt 261  
100 Gramm Hefe, 100 Gramm auf Abchnitt 262 100 Gramm  
auf Abchnitt 263 100 Gramm Hefe, 100 Gramm auf Abchnitt 264  
100 Gramm Hefe, 100 Gramm auf Abchnitt 265 100 Gramm  
auf Abchnitt 266 100 Gramm Hefe, 100 Gramm auf Abchnitt 267  
100 Gramm Hefe, 100 Gramm auf Abchnitt 268 100 Gramm  
auf Abchnitt 269 100 Gramm Hefe, 100 Gramm auf Abchnitt 270  
100 Gramm Hefe, 100 Gramm auf Abchnitt 271 100 Gramm  
auf Abchnitt 272 100 Gramm Hefe, 100 Gramm auf Abchnitt 273  
100 Gramm Hefe, 100 Gramm auf Abchnitt 274 100 Gramm  
auf Abchnitt 275 100 Gramm Hefe, 100 Gramm auf Abchnitt 276  
100 Gramm Hefe, 100 Gramm auf Abchnitt 277 100 Gramm  
auf Abchnitt 278 100 Gramm Hefe, 100 Gramm auf Abchnitt 279  
100 Gramm Hefe, 100 Gramm auf Abchnitt 280 100 Gramm  
auf Abchnitt 281 100 Gramm Hefe, 100 Gramm auf Abchnitt 282  
100 Gramm Hefe, 100 Gramm auf Abchnitt 283 100 Gramm  
auf Abchnitt 284 100 Gramm Hefe, 100 Gramm auf Abchnitt 285  
100 Gramm Hefe, 100 Gramm auf Abchnitt 286 100 Gramm  
auf Abchnitt 287 100 Gramm Hefe, 100 Gramm auf Abchnitt 288  
100 Gramm Hefe, 100 Gramm auf Abchnitt 289 100 Gramm  
auf Abchnitt 290 100 Gramm Hefe, 100 Gramm auf Abchnitt 291  
100 Gramm Hefe, 100 Gramm auf Abchnitt 292 100 Gramm  
auf Abchnitt 293 100 Gramm Hefe, 100 Gramm auf Abchnitt 294  
100 Gramm Hefe, 100 Gramm auf Abchnitt 295 100 Gramm  
auf Abchnitt 296 100 Gramm Hefe, 100 Gramm auf Abchnitt 297  
100 Gramm Hefe, 100 Gramm auf Abchnitt 298 100 Gramm  
auf Abchnitt 299 100 Gramm Hefe, 100 Gramm auf Abchnitt 300  
100 Gramm Hefe, 100 Gramm auf Abchnitt 301 100 Gramm  
auf Abchnitt 302 100 Gramm Hefe, 100 Gramm auf Abchnitt 303  
100 Gramm Hefe, 100 Gramm auf Abchnitt 304 100 Gramm  
auf Abchnitt 305 100 Gramm Hefe, 100 Gramm auf Abchnitt 306  
100 Gramm Hefe, 100 Gramm auf Abchnitt 307 100 Gramm  
auf Abchnitt 308 100 Gramm Hefe, 100 Gramm auf Abchnitt 309  
100 Gramm Hefe, 100 Gramm auf Abchnitt 310 100 Gramm  
auf Abchnitt 311 100 Gramm Hefe, 100 Gramm auf Abchnitt 312  
100 Gramm Hefe, 100 Gramm auf Abchnitt 313 100 Gramm  
auf Abchnitt 314 100 Gramm Hefe, 100 Gramm auf Abchnitt 315  
100 Gramm Hefe, 100 Gramm auf Abchnitt 316 100 Gramm  
auf Abchnitt 317 100 Gramm Hefe, 100 Gramm auf Abchnitt 318  
100 Gramm Hefe, 100 Gramm auf Abchnitt 319 100 Gramm  
auf Abchnitt 320 100 Gramm Hefe, 100 Gramm auf Abchnitt 321  
100 Gramm Hefe, 100 Gramm auf Abchnitt 322 100 Gramm  
auf Abchnitt 323 100 Gramm Hefe, 100 Gramm auf Abchnitt 324  
100 Gramm Hefe, 100 Gramm auf Abchnitt 325 100 Gramm  
auf Abchnitt 326 100 Gramm Hefe, 100 Gramm auf Abchnitt 327  
100 Gramm Hefe, 100 Gramm auf Abchnitt 328 100 Gramm  
auf Abchnitt 329 100 Gramm Hefe, 100 Gramm auf Abchnitt 330  
100 Gramm Hefe, 100 Gramm auf Abchnitt 331 100 Gramm  
auf Abchnitt 332 100 Gramm Hefe, 100 Gramm auf Abchnitt 333  
100 Gramm Hefe, 100 Gramm auf Abchnitt 334 100 Gramm  
auf Abchnitt 335 100 Gramm Hefe, 100 Gramm auf Abchnitt 336  
100 Gramm Hefe, 100 Gramm auf Abchnitt 337 100 Gramm  
auf Abchnitt 338 100 Gramm Hefe, 100 Gramm auf Abchnitt 339  
100 Gramm Hefe, 100 Gramm auf Abchnitt 340 100 Gramm  
auf Abchnitt 341 100 Gramm Hefe, 100 Gramm auf Abchnitt 342  
100 Gramm Hefe, 100 Gramm auf Abchnitt 343 100 Gramm  
auf Abchnitt 344 100 Gramm Hefe, 100 Gramm auf Abchnitt 345  
100 Gramm Hefe, 100 Gramm auf Abchnitt 346 100 Gramm  
auf Abchnitt 347 100 Gramm Hefe, 100 Gramm auf Abchnitt 348  
100 Gramm Hefe, 100 Gramm auf Abchnitt 349 100 Gramm  
auf Abchnitt 350 100 Gramm Hefe, 100 Gramm auf Abchnitt 351  
100 Gramm Hefe, 100 Gramm auf Abchnitt 352 100 Gramm  
auf Abchnitt 353 100 Gramm Hefe, 100 Gramm auf Abchnitt 354  
100 Gramm Hefe, 100 Gramm auf Abchnitt 355 100 Gramm  
auf Abchnitt 356 100 Gramm Hefe, 100 Gramm auf Abchnitt 357  
100 Gramm Hefe, 100 Gramm auf Abchnitt 358 100 Gramm  
auf Abchnitt 359 100 Gramm Hefe, 100 Gramm auf Abchnitt 360  
100 Gramm Hefe, 100 Gramm auf Abchnitt 361 100 Gramm  
auf Abchnitt 362 100 Gramm Hefe, 100 Gramm auf Abchnitt 363  
100 Gramm Hefe, 100 Gramm auf Abchnitt 364 100 Gramm  
auf Abchnitt 365 100 Gramm Hefe, 100 Gramm auf Abchnitt 366  
100 Gramm Hefe, 100 Gramm auf Abchnitt 367 100 Gramm  
auf Abchnitt 368 100 Gramm Hefe, 100 Gramm auf Abchnitt 369  
100 Gramm Hefe, 100 Gramm auf Abchnitt 370 100 Gramm  
auf Abchnitt 371 100 Gramm Hefe, 100 Gramm auf Abchnitt 372  
100 Gramm Hefe, 100 Gramm auf Abchnitt 373 100 Gramm  
auf Abchnitt 374 100 Gramm Hefe, 100 Gramm auf Abchnitt 375  
100 Gramm Hefe, 100 Gramm auf Abchnitt 376 100 Gramm  
auf Abchnitt 377 100 Gramm Hefe, 100 Gramm auf Abchnitt 378  
100 Gramm Hefe, 100 Gramm auf Abchnitt 379 100 Gramm  
auf Abchnitt 380 100 Gramm Hefe, 100 Gramm auf Abchnitt 381  
100 Gramm Hefe, 100 Gramm auf Abchnitt 382 100 Gramm  
auf Abchnitt 383 100 Gramm Hefe, 100 Gramm auf Abchnitt 384  
100 Gramm Hefe, 100 Gramm auf Abchnitt 385 100 Gramm  
auf Abchnitt 386 100 Gramm Hefe, 100 Gramm auf Abchnitt 387  
100 Gramm Hefe, 100 Gramm auf Abchnitt 388 100 Gramm  
auf Abchnitt 389 100 Gramm Hefe, 100 Gramm auf Abchnitt 390  
100 Gramm Hefe, 100 Gramm auf Abchnitt 391 100 Gramm  
auf Abchnitt 392 100 Gramm Hefe, 100 Gramm auf Abchnitt 393  
100 Gramm Hefe, 100 Gramm auf Abchnitt 394 100 Gramm  
auf Abchnitt 395 100 Gramm Hefe, 100 Gramm auf Abchnitt 396  
100 Gramm Hefe, 100 Gramm auf Abchnitt 397 100 Gramm  
auf Abchnitt 398 100 Gramm Hefe, 100 Gramm auf Abchnitt 399  
100 Gramm Hefe, 100 Gramm auf Abchnitt 400 100 Gramm  
auf Abchnitt 401 100 Gramm Hefe, 100 Gramm auf Abchnitt 402  
100 Gramm Hefe, 100 Gramm auf Abchnitt 403 100 Gramm  
auf Abchnitt 404 100 Gramm Hefe, 100 Gramm auf Abchnitt 405  
100 Gramm Hefe, 100 Gramm auf Abchnitt 406 100 Gramm  
auf Abchnitt 407 100 Gramm Hefe, 100 Gramm auf Abchnitt 408  
100 Gramm Hefe, 100 Gramm auf Abchnitt 409 100 Gramm  
auf Abchnitt 410 100 Gramm Hefe, 100 Gramm auf Abchnitt 411  
100 Gramm Hefe, 100 Gramm auf Abchnitt 412 100 Gramm  
auf Abchnitt 413 100 Gramm Hefe, 100 Gramm auf Abchnitt 414  
100 Gramm Hefe, 100 Gramm auf Abchnitt 415 100 Gramm  
auf Abchnitt 416 100 Gramm Hefe, 100 Gramm auf Abchnitt 417  
100 Gramm Hefe, 100 Gramm auf Abchnitt 418 100 Gramm  
auf Abchnitt 419 100 Gramm Hefe, 100 Gramm auf Abchnitt 420  
100 Gramm Hefe, 100 Gramm auf Abchnitt 421 100 Gramm  
auf Abchnitt 422 100 Gramm Hefe, 100 Gramm auf Abchnitt 423  
100 Gramm Hefe, 100 Gramm auf Abchnitt 424 100 Gramm  
auf Abchnitt 425 100 Gramm Hefe, 100 Gramm auf Abchnitt 426  
100 Gramm Hefe, 100 Gramm auf Abchnitt 427 100 Gramm  
auf Abchnitt 428 100 Gramm Hefe, 100 Gramm auf Abchnitt 429  
100 Gramm Hefe, 100 Gramm auf Abchnitt 430 100 Gramm  
auf Abchnitt 431 100 Gramm Hefe, 100 Gramm auf Abchnitt 432  
100 Gramm Hefe, 100 Gramm auf Abchnitt 433 100 Gramm  
auf Abchnitt 434 100 Gramm Hefe, 100 Gramm auf Abchnitt 435  
100 Gramm H

